

Saul

Friedländer

BLICK IN DEN
ABGRUND

**EIN ISRAELISCHES
TAGEBUCH**

C.H.Beck

Saul Friedländer

BLICK IN DEN
ABGRUND

Saul Friedländer

BLICK IN DEN
ABGRUND

**EIN ISRAELISCHES
TAGEBUCH**

Aus dem Englischen von
Andreas Wirthensohn

C.H.Beck

© Saul Friedländer, 2023

Für die deutsche Ausgabe:

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2023

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.

Der Verlag behält sich auch das Recht vor,
Vervielfältigungen dieses Werks zum Zwecke
des Text and Data Mining vorzunehmen.

www.chbeck.de

Umschlaggestaltung: Kunst oder Reklame, München

Umschlagabbildung: © Gaetan Bally/Keystone Schweiz/laif

Satz: Janß GmbH, Pfungstadt

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN 978 3 406 80897 5



klimaneutral produziert

www.chbeck.de/nachhaltig

7	Statt einer Einleitung
9	Januar 2023
32	Februar 2023
76	März 2023
134	April 2023
174	Mai 2023
206	Juni 2023
222	Juli 2023
235	Statt eines Schlusses

Statt einer Einleitung

Dieser Text ist, wie mein Lektor es nannte, ein «*cri de cœur*». Im Dezember 2022 hatte ich nicht die Absicht, etwas Neues zu schreiben, das über das hinausging, was bereits geschrieben und fast vergessen war. Doch im Januar 2023 war ich plötzlich damit beschäftigt, eine Art Tagebuch über die politischen Ereignisse in Israel zu führen, und fügte ganz instinktiv, fast assoziativ Bemerkungen, die mir in den Sinn kamen, sowie verschiedene Erinnerungen hinzu. All dies geschah spontan. In der Tat, *un cri de cœur*. Aber warum?

Ich brauchte einige Tage, um zu begreifen, dass die politische Koalition, die Benjamin Netanjahu gebildet hatte, ein Monster war – ein Ungeheuer mit Zähnen, das das liberale und demokratische Land, wie wir es kannten, zu verschlingen drohte. Es dauerte noch ein paar weitere Tage, bis mir klar wurde, dass jeder Israeli, in erster Linie diejenigen, die im Land lebten, aber auch diejenigen, die anderswo lebten und mit dem Land verbunden waren, so wie ich, ihr Möglichstes dazu beitragen mussten, das Monster zu bändigen.

Natürlich hätte ich mich auf die Zusicherungen unseres Premierministers verlassen können, dass die liberale, demokratische Ordnung, die Israel bis dahin genossen hatte, nicht ausgelöscht würde, dass er die volle Verantwortung trage und entscheide, was erlaubt sei und was nicht. Möglicherweise war das seine Absicht, als er es ver-

sprach, aber zwei Aspekte der Situation machten mich misstrauisch: Ich wusste, was politischer Fanatismus ist, und ich wusste, dass Netanjahu verzweifelt versuchte, sich von der Anklage wegen Betrugs und Bestechung zu befreien, die gegen ihn erhoben worden war und die ihn ins Gefängnis bringen könnte. Sein Bündnis mit den Fanatikern in seiner Partei und denen in seiner Koalition würde es ihm ermöglichen, das Justizsystem so weit zu untergraben, dass es der politischen Mehrheit an der Macht unterworfen wäre und er so dem Schwert, das über seinem Kopf baumelt, entgehen könnte.

Unterdessen wird einer Mehrheit der Israelis zunehmend bewusst, was auf dem Spiel steht. Sie protestieren gegen eine Minderheit messianischer Fanatiker und politischer Protagonisten eines autokratischen Regimes und stellen eine Opposition auf die Beine, die einer Gesellschaft, die viele Jahre lang träge vor sich hin zu dämmern schien, eine neue Einheit und Energie jenseits der reinen Politik verleiht. Auf Hebräisch sagt man dazu «Kol hakovod», Respekt, gut gemacht.

17. Januar 2023

Wenn man bequem in Kalifornien lebt, ist es leicht, «es reicht» zu rufen. Aber es ist für mich, mit über neunzig Jahren, unmöglich geworden, aus meiner Heimat Los Angeles nach Tel Aviv zu fliegen. Und doch können meine Frau Orna und ich an nichts anderes denken.

Eingehend studieren wir die täglichen Nachrichten auf Hebräisch: Wir sezieren sie, kauen sie, schlucken sie und erbrechen sie. Das erinnert mich an den deutschen Film *Des Teufels General*, in dem der berühmte Nazi-Pilot Ernst Udet irgendwann enttäuscht sagt: «Ich kann gar nicht so viel fressen, wie ich kotzen möchte.» Irgendwie ist mir der Satz, der wohl auf den Maler Max Liebermann zurückgeht, der damit die «Machtergreifung» durch die Nationalsozialisten kommentiert haben soll, über zig Jahre im Gedächtnis geblieben, und jetzt ist er, passenderweise, wieder da. (Udet hat 1941 Selbstmord begangen.)

Nun, so weit sind wir noch nicht, aber wie wird das enden? Wer hätte sich vorstellen können, dass in Israel im Jahr 2023 ein Premierminister, der drei Anklagen wegen Betrugs, Bestechlichkeit und Untreue entgehen will, mit Hilfe einer mit dünner Mehrheit regierenden ultrarechten und religiösen Koalition und eines durch und durch füg-samen Justizministers, Yariv Levin, versuchen würde, das gesamte Rechtssystem umzustürzen und damit die demokratischen Fundamente des Landes zu zerstören? Es ist zu ersten Massendemonstrationen gegen die Regie-

rung und ihre Pläne gekommen, aber werden sie beharrlich und stark genug sein, um Netanjahu zum Einlenken zu zwingen und letztlich zu Neuwahlen zu führen? Und wenn die Koalition nicht einlenkt und keine Neuwahlen in Sicht sind, was dann?

Das Ende dieses Tagebuchs ist offen. Vorerst ist es nur meine private Chronik eines fortdauernden Dramas, das entweder zu einer Feier des Sieges der Demokratie oder zu dem Eingeständnis führen wird, dass das pulsierende Land, in dem ich jahrzehntlang gelebt und gearbeitet habe, tot ist, dass etwas anderes, etwas Unannehmbares, an seine Stelle getreten ist.

20. Januar 2023

Vor zwei Tagen entschied der Oberste Gerichtshof Israels mit einer Mehrheit von 10:1, dass Arje Deri, der Vorsitzende der Schas-Partei und Netanjahus wichtigster Verbündeter, der in seiner ultrarechten Regierung zum Innenminister ernannt wurde, aufgrund zweier früherer Verurteilungen wegen Steuerbetrugs und seines eigenen Versprechens, im Jahr 2022 kein öffentliches Amt mehr anzustreben, um eine Verurteilung wegen eines Kapitalverbrechens zu vermeiden, nicht als Minister fungieren kann. Er hat das Gericht belogen und sich in der jetzigen Koalition wieder in ein öffentliches Amt gedrängt. Wir wissen noch nicht, wie Netanjahu auf die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs reagieren wird.

In vielerlei Hinsicht ähnelt die neue israelische Regierungskoalition den ultrarechten Regierungen im heutigen

Europa und darüber hinaus (Ungarn, Polen, Italien, Türkei) sowie dem politischen Programm der ultrarechten Republikaner (Trumpisten). Aber sie hat auch ihre besonderen Merkmale. So ist beispielsweise diese Art von Regierungen in Europa in den Händen einer wohlhabenden Oberschicht, die von der etablierten Religion, der Armee und einer Mehrheit von verblendetem «white trash» (stark nationalistisch, fremdenfeindlich und meistens antisemitisch) unterstützt wird, aber im Fall der Trumpisten nicht von «People of Color». In Israel hingegen ist Deris Partei im Wesentlichen eine Partei der «People of Color», also der Menschen, deren Familien in den 1950er Jahren aus Nordafrika und dem Nahen Osten eingewandert sind, die jahrelang in heruntergekommenen Transitlagern lebten und die untersten Ränge des Arbeitsmarkts besetzten. Und diese «Sephardim» (historisch gesehen meint das aus Spanien stammende Juden) wurden von den «Aschkenasim» (aus Deutschland und hauptsächlich aus Osteuropa stammenden Juden) verachtet.

Ich kam aus Frankreich, wohin wir 1939 aus Prag geflohen waren, nach Israel. Meine Eltern hat die Flucht nicht gerettet. Ich wurde versteckt, sie wurden gefasst und ermordet. Das israelische Dorf, in dem meine Onkel lebten und in dem ich im Juni 1948 ankam, war von deutschsprachigen tschechischen Juden bevölkert, den aschkenasischen Aschkenasim, die man sich nur vorstellen kann: keine Religion, wenig Hebräisch und sämtliche Gewohnheiten von anno dazumal. Israel war kein Zufluchtsort, es war ein Land, das man «Heimat» nannte. Aber leider gab es in dieser neuen Heimat auch Rassismus.

Ich will das ganz deutlich formulieren: Schon bald

nach seiner Gründung, zur Zeit der massenhaften Einwanderung aus Nordafrika in den frühen 1950er Jahren, wurde Israel, bewusst oder unbewusst, zu einer rassistischen Gesellschaft: Für uns alle, die Aschkenasim, war es offensichtlich, dass diese Neuankömmlinge irgendwie minderwertig waren, natürlich nicht offiziell, nicht rechtlich – wir waren nicht Südafrika –, aber implizit, in der Praxis.

Wir waren uns freilich nicht nur unseres Rassismus gegenüber den Einwanderern aus Nordafrika kaum bewusst, sondern hatten auch ganz vergessen, dass es unter uns eine kleine arabische Minderheit gab, die am Rande des Staates, an seiner Ostgrenze, lebte und der Militärverwaltung durch die sozialistische Regierung Ben-Gurions unterstand.

Zu dieser Zeit, Ende der 1950er Jahre, arbeitete ich als politischer Sekretär von Nachum Goldmann. Goldmann war damals der Präsident des Jüdischen Weltkongresses und der Zionistischen Weltorganisation. Politisch gehörte er zur linken Mitte und unterstützte verschiedene linke Organisationen und Publikationen finanziell, wie etwa Simha Flapans Monatszeitschrift *New Outlook*. Goldmann beschloss, eine Reise in einige arabische Dörfer zu unternehmen und einige der dortigen Bürgermeister zu besuchen, um Genaueres über die Situation zu erfahren. Ich begleitete ihn. Von dem Bürgermeister, an den ich mich erinnere, wurden wir herzlich empfangen, aber welche Unterwürfigkeit, welche Demütigung! Auf der einen Seite des Schreibtischs des Bürgermeisters stand ein großes Foto von David Ben-Gurion, auf der anderen Seite ein großes Foto des Begründers des Zionismus: Theodor Herzl.

Die demografische Mehrheit Israels verlagerte sich im Laufe der Zeit von den Aschkenasim zu den Sephardim oder Misrachim (aus dem Orient, d. h. aus dem Nahen und Mittleren Osten stammend), aber deren gesellschaftlicher Status änderte sich nicht groß. Was sich änderte, war ihre politische Vertretung, als 1977 der rechtsgerichtete Menachem Begin und seine Likud-Partei die Wahlen gewannen. Begin hatte sich vehement für die Misrachim eingesetzt (wobei er selbst polnischer Jude war und die meisten Mitglieder seiner Regierung weiter Aschkenasim waren). Aber die Misrachim hatten das Gefühl, dass Begin ihre Würde wiederhergestellt hatte, und sie stimmten in großer Zahl für ihn.

Ein paar Jahre später, 1984, gründete der sephardische Oberrabbiner Ovadja Yosef die Partei, die diese misrachische Wählerschaft vertreten sollte: «Schas» (Shomrei Torah Sfaradim – Sephardische Tora-Wächter); sein gesalbter Schüler und Nachfolger war Arje Deri. Schas ist streng religiös, rechtsgerichtet und denkt immer noch in Kategorien der traditionellen Feindschaft zu den Aschkenasim (obwohl Netanjahu ein waschechter Aschkenasim ist). Nichtsdestotrotz haben Deri und Bibi (Netanjahus gängiger Spitzname) eine wichtige Gemeinsamkeit: Gegen beide wurde oder wird Anklage erhoben, gegen Ersteren wegen Steuerhinterziehung, gegen Letzteren wegen dreifacher Korruption.

Und Schas ist bei weitem nicht am schlimmsten. Die neue Koalition umfasst wahrhaft abscheuliche Exemplare: Bezalel Smotrich und seine Partei Religiöser Zionismus, Itamar Ben-Gvir, einen ehemaligen Schüler von Rabbi Kahane, der die Demokratie in Israel zugunsten einer

jüdischen Theokratie beseitigen wollte, und sein Kontingent der Partei Jüdische Stärke.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen der israelischen Rechtskoalition und den üblichen autoritären Regierungen, die heute an der Macht sind, ist die Rolle des Militärs. Normalerweise unterstützt die Armee eine nationale autoritäre Regierung. Im heutigen Israel hat die Armee, einschließlich ihres Chefs, des Likud-Verteidigungsministers Joav Galant, klar zu verstehen gegeben, dass alle Angelegenheiten, die die besetzten palästinensischen Gebiete betreffen, ihr ausschließlicher Zuständigkeitsbereich bleiben würden, wie es seit dem Ende des Sechs-Tage-Kriegs 1967 der Fall gewesen ist: Smotrich, ein rechtsextremer Ideologe, den Netanjahu zum Finanzminister ernannt hat und der zudem als Minister im Verteidigungsministerium für zivile Angelegenheiten in Judäa und Samaria (den besetzten Gebieten), also für Siedlungen und Siedler, zuständig ist, wurde von Galant daran gehindert, sich in den ersten von ihm angestoßenen Fall einzumischen: die Errichtung der neuen Siedlung Or Hayim. Netanjahu hatte keine andere Wahl, als Galant zu unterstützen, wahrscheinlich auf Drängen seiner eigenen Likud-Partei und, wie einige behaupten, des Weißen Hauses. Als Smotrich beim Premierminister dagegen protestierte, schloss sich ihm Ben-Gvir an, jedoch ohne Erfolg.

All dies macht die israelische Armee nicht zu einer Festung der Legalität; sie ist der Schmelztiegel einer multiethnischen Gesellschaft, mit Ausnahme ihres ultra-religiösen Segments (auf das ich noch zurückkommen werde). In diesem Sinne ist sie eine Volksarmee, aber ihr Umgang mit der palästinensischen Bevölkerung ist oft brutal, insbe-

sondere bei den quasi täglichen Antiterrorereinsätzen. Das mag zur spürbaren Verrohung der israelischen Gesellschaft beitragen. Mit ihrer entschlossenen Haltung gegen Smotrich und Ben-Gvir hat die Armee jedoch Netanjahus Koalition weitere Schwierigkeiten bereitet, und das ist auch gut so.

Was ich gerade über die Armee geschrieben habe, ist nicht korrekt, wenn ich es so stehen lasse: In einer Armee, die zu den modernsten der Welt gehört, haben einige Infanterieeinheiten (u. a. das Netzah-Yehuda-Bataillon) die palästinensische Bevölkerung wiederholt brutal behandelt, was israelische und internationale Menschenrechtsorganisationen auf den Plan gerufen hat. Es besteht kein Zweifel, dass solche Dinge geschehen, aber wir dürfen nicht vergessen, dass dies vor dem Hintergrund einer erhöhten terroristischen Militanz geschieht, die von der Hamas und dem Islamischen Dschihad im Westjordanland sowie von der Hisbollah im Norden ausgeht. Unter solchen Bedingungen ist es quasi unmöglich, eine durch und durch korrekte Haltung zu wahren. Das Problem Israels ist nicht die Armee als solche, sondern die jahrzehntelange Besetzung der eroberten Gebiete.

Die heutigen religiösen Parteien Israels sind sowohl nationalistisch als auch ultra-orthodox. Das liberale Judentum hat sich in Israel nie durchgesetzt. Von Anfang an akzeptierte Ben-Gurion, der selbst eher Agnostiker war, eine Regelung, nach der die religiösen Aspekte des Privatlebens (Beschneidung, Bar Mitzwa, Heirat, Scheidung, Bestattung) nach den Regeln des orthodoxen Judentums durchgeführt werden sollten. Vor allem aber beschloss die Knesset zu einem späteren Zeitpunkt, dass die Defini-

tion dessen, wer Jude ist, ebenfalls von der strengen Orthodoxie abhängen sollte: Jude ist, wer von einer jüdischen Mutter geboren wurde. Das war essentiell für die Entscheidung, wer Anspruch auf die Staatsbürgerschaft und die Vorteile des Rückkehrgesetzes hatte, das 1950 als erstes Gesetz nach der Staatsgründung von der Knesset verabschiedet wurde und jedem Juden das Recht auf Einwanderung und die israelische Staatsbürgerschaft einräumt. Konversionen wurden nur dann als gültig angesehen, wenn sie von orthodoxen Rabbinern vollzogen wurden. Im Laufe der Jahrzehnte gewannen das konservative und das Reformjudentum in Israel an Boden, allerdings nur in geringem Maße. Derweil schwanden die relativ gemäßigten orthodoxen Juden (Mafdal) langsam dahin. Die Ultra-Orthodoxen, auch Charedim genannt, befanden und befinden sich in einer bizarren Situation, insofern sie den Staat Israel nicht anerkennen, aber ihre eigene Partei hatten und haben (Agudat Israel, die jetzt mit dem Banner der Tora zum Bündnis Vereinigtes Tora-Judentum fusioniert ist) und bei Wahlen antreten – nicht, weil sie konzilianter geworden sind, sondern weil sie Geldmittel für ihre Schulen (Jeschiwot) und für ihre wachsende, verarmte Bevölkerung benötigen.

Infolge dieser verschiedenen Veränderungen umfasst Netanjahus Koalition vier religiöse Parteien: Vereinigtes Tora-Judentum (ultraorthodox, hat aber in allen bisherigen Koalitionen für die eigenen finanziellen Interessen gearbeitet), Schas (ultraorthodoxer misrachischer Ableger von Agudat Israel), Religiöser Zionismus (extrem nationalistisch, religiös, geführt von Smotrich) und Jüdische Stärke (ebenfalls extrem nationalistisch, religiös, ge-

führt von Ben-Gvir). Es gibt immer noch Charedim, die den Staat überhaupt nicht anerkennen und nicht kooperieren, aber sie sind zu einer kleinen Minderheit geworden (Neturei Karta).

Tatsächlich ist die Situation vor Ort höchst verwirrend, da die Rabbinerräte über das Vereinigte Tora-Judentum und die Schas herrschen und die Mitglieder des Vereinigten Tora-Judentums sowohl verschiedenen chassidischen Gruppen als auch den antichassidischen Litayim (Litauern) angehören, von denen einige Ben-Gvir unterstützen. Die religiöse Landkarte Israels ist ein Labyrinth, aber eine Tatsache ist vorerst klar: Das demografische Gleichgewicht verschiebt sich aufgrund der extrem hohen Geburtenrate orthodoxer Familien (Anfang 2023 sind 30 Prozent der Kinder in der ersten Klasse orthodox) rasch zugunsten der religiösen Parteien.

Das eigentlich Mysteriöse an dieser Situation ist die schwache Präsenz des liberalen Judentums in Israel. Ich persönlich habe einige tief gläubige israelische Juden kennengelernt, die die zuvorkommendsten, verständnisvollsten und liberalsten Menschen waren: mein erster Schwiegervater, Ben Zion Meiry, der nie ein Wort über das völlige Fehlen jeglicher religiöser Observanz in unserer wachsenden Familie verlor, oder mein sehr enger Freund und Kollege Uriel Tal, der, wie ich weiter unten zeigen werde, die vernichtendsten Artikel über die jüdischen Glaubensfanatiker schrieb. Wohin sind all die Liberalen verschwunden? Warum konnte ihre Art des humanen Judentums im jüdischen Staat nicht überleben? Warum die beschleunigte Entwicklung hin zum Fanatismus?

21. Januar 2023

Heute ist viel passiert. Smotrich hat angekündigt, dass er morgen nicht an der wöchentlichen Regierungssitzung teilnehmen wird, was auf seinen möglichen Ausstieg aus der Koalition und auf Neuwahlen hindeuten könnte. Das ist natürlich das optimistischste Szenario. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums ließ Esther Chajut, die Präsidentin des Obersten Gerichtshofs, die als erste öffentlich gegen Levins «Justizreform» Stellung bezog, verlauten, dass sie im Falle einer Verabschiedung der Justizreform durch die Knesset (das israelische Parlament) nicht zurücktreten, sondern weiter kämpfen werde. Unter den Oppositionellen verdient Chajut die größte Bewunderung, während Oppositionspolitiker wie Jair Lapid und Benny Gantz, die an der Spitze der Vorgängerregierung standen, viel von ihrer Autorität verloren haben.

Etwa 130 000 Anti-Netanjahu-Demonstranten gingen in israelischen Städten auf die Straße, 100 000 davon in Tel Aviv.

22. Januar 2023

Netanjahu hat Deri «mit Bedauern» entlassen. Die Justizreform wird ihn möglicherweise zurückbringen.

«Hallo, Elefant, du bist ziemlich sichtbar geworden.»
«Ja, jeder in diesem Raum kennt mich und, Sie werden es nicht glauben, jeder liebt mich. Ich war jahrzehntelang jedermanns Liebling, aber nicht so offen wie heute. Jetzt

bedeute ich alles für all jene, die an der Macht sind, und für viele andere Israelis.» Wie Sie sicher schon erraten haben, handelt es sich bei diesem Lieblingstier um nichts anderes als um die israelische Siedlungstätigkeit in den besetzten Gebieten. Das ist eine sehr lange Geschichte. Ich werde heute erst einmal damit beginnen.

Erinnern wir uns: Der ideologische und politische Vater des revisionistischen Zionismus, Zeev Jabotinsky, plädierte dafür, «beide Seiten des Jordans» in den Traum vom jüdischen Staat einzubeziehen. Seine Nachfolger wurden bescheidener und forderten das gesamte Eretz Israel, d. h. das gesamte Palästina zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer (da die britische Regierung am Morgen des Ersten Weltkriegs Palästina von Transjordanien getrennt hatte). All diese Erwartungen blieben eher theoretischer Natur, da Palästina zwischen 1919 und Mai 1948 vom Völkerbund in ein britisches Mandatsgebiet umgewandelt wurde. Nachdem die britische Mandatsregierung den Juden und den Arabern widersprüchliche geheime Zusicherungen gegeben und den Juden 1917 eine Heimat in Palästina versprochen hatte (die Balfour-Erklärung), gab sie je nach ihren eigenen unmittelbaren politischen Zielen den jüdischen oder den arabischen Interessen nach.

Jede Kolonialmacht war zu ihrer Zeit doppelzünftig, aber mir scheint, dass die britische Doppelzüngigkeit insbesondere im Nahen Osten einen Höhepunkt erreichte. Und zu allem Überfluss fügte das Colonial Office auch noch eine gehörige Portion Antisemitismus hinzu.

Im November 1947, zwei Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Holocaust und nach einer

Reihe von Untersuchungskommissionen und heftigen Debatten stimmten die Vereinten Nationen für die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen palästinensischen Staat. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion unterstützten diesen Beschluss; die Palästinenser und die arabischen Staaten waren dagegen. Ich erinnere mich, dass ich an einer großen Feier im Vel' d'Hiv' teilnahm, in genau der großen Radsporthalle, in der im Juli 1942 die Pariser Juden «geparkt» worden waren, bevor sie in die Durchgangs- und anschließend in die Vernichtungslager deportiert wurden. Die Tribüne für die Würdenträger war dermaßen überfüllt, dass sie zusammenkrachte; einige wurden verletzt. Ein schlechtes Omen.

Die Palästinenser begannen einen immer heftigeren Guerillakrieg gegen die jüdische Bevölkerung des Landes, der sich nach der Unabhängigkeitserklärung Israels im Mai 1948 zu einem richtiggehenden Krieg ausweitete, an dem palästinensische Milizen und die Armeen aller benachbarten arabischen Staaten sowie des Irak beteiligt waren. 1949 hatte Israel dann seinen «Unabhängigkeitskrieg» gewonnen, während das Ganze für die Palästinenser die «Nakba», die «Katastrophe» bedeutete.

Der Krieg von 1948/49 endete unter anderem damit, dass Israel etwas mehr als die Hälfte des Gebiets kontrollierte, das ihm im Teilungsplan von 1947 nicht zugewiesen worden war, einschließlich Hunderttausenden von palästinensischen Flüchtlingen, die zum Teil nach einer Reihe von Massakern in Angst und Schrecken flohen oder von der israelischen Armee auf Befehl von oben vertrieben wurden. Es kam zu einem brüchigen Waffenstillstand, der im Laufe der Zeit von Überfällen palästinensischer Ein-

dringlinge und zunehmenden israelischen Repressalien begleitet wurde. Im Oktober 1956 kam es zu einem kurzen Krieg zwischen Israel, Frankreich und Großbritannien und Abdel Nassers Ägypten. Der offensichtliche Sieg dieser drei seltsamen Bettgenossen wurde durch Drohungen der Sowjetunion und eine wütende Reaktion des US-Präsidenten Eisenhower zunichtegemacht.

23. Januar 2023

Ein grundlegender und dramatischer Wandel vollzog sich im Juni 1967 mit dem überwältigenden israelischen Sieg im Sechs-Tage-Krieg und der Besetzung des Gazastreifens, der Sinai-Halbinsel, des gesamten Westjordanlands, der Golanhöhen und natürlich ganz Jerusalems. Die meisten Israelis betrachteten all dies als ein Wunder, und einige hörten sogar die nahenden «Schritte des Messias» (*paamei hamashiach*). Einige wenige fürchteten die Folgen, und Zalman Aran, der Bildungsminister im Kabinett von Levi Eschkol, stellte die berühmte Frage: «Wie kriecht man heraus?» US-Präsident Johnson verlangte nicht die Räumung der besetzten Gebiete, und die arabischen Staaten verkündeten in der Resolution von Khartum vom 1. September 1967, dass es keine Verhandlungen und keinen Frieden mit Israel geben werde. Damit verfestigte sich die bestehende Situation. Die ersten Siedlungen folgten: Gusch Etzion und mehrere so genannte militärische Außenposten. Selbst der sozialistische Ministerpräsident Eschkol konnte dem Druck der Rechten nicht widerstehen. Oder kam er ihm sogar zupass?

Die besetzten Gebiete wurden zu einem Krebsgeschwür in der israelischen Politik und, mehr noch, in der israelischen Gesellschaft. Wie mir mein Freund Jacob Fried kürzlich schrieb: «Nicht Israel hat die Gebiete annektiert; die Gebiete haben Israel annektiert.»

24. Januar 2023

Könnte all dies in einer Art halbgarem Kompromiss enden, bei dem Netanjahu, um internationale Schwierigkeiten und zu viel internen Aufruhr zu vermeiden, seine extremsten und besonders unzuverlässigen Verbündeten an die Kandare nehmen wird? In den letzten Tagen hat er Deri entlassen, gestern reiste er nach Amman, um König Abdullah zu versprechen, dass der Status quo auf dem Tempelberg unverändert bleibt, und offenbar hat er sich geweigert, die Räumung des Beduinendorfs Khan al-Ahmar im Süden Jerusalems anzuordnen, wie sie seit einiger Zeit von der Rechten gefordert wird, eine Forderung, die vom Obersten Gerichtshof unterstützt, aber international abgelehnt wird. Ein solcher Kompromiss wäre ein logisches Endspiel, wenn unser Houdini nicht unter drei Anklagen stünde und bereit wäre, jedes politische Risiko einzugehen, um das wahrscheinliche Ergebnis abzuwenden.

Der Gouverneur der israelischen Zentralbank, Amir Yaron, hat Netanjahu soeben vor den gefährlichen internationalen Folgen für die Wirtschaft des Landes gewarnt, sollte der Umbau der Justiz umgesetzt werden. Wie es hieß, hat der Premierminister die Warnung zurückgewiesen.

Derweil haben die ultrareligiösen Knessetmitglieder des Vereinigten Tora-Judentums eine eigene Initiative ergriffen: Sie haben ein Gesetz eingebracht, das es Krankenhäusern verbietet, während des kommenden Pessach-Fests «Chametz» (aus gesäuertem Getreide hergestellte Lebensmittel, die nach religiösem Recht während der Pessach-Tage verboten sind) einzuführen. Darüber hinaus versucht die gesamte Koalition, neue Klauseln in das Rückkehrgesetz einzufügen, so dass es nur für «Volljuden» gilt und nicht beispielsweise für Enkel aus Mischehen («Vierteljuden»). Erinnert sie das an nichts? Halbjuden, Vierteljuden, Mischlinge ersten Grades, Mischlinge zweiten Grades ... Was für eine Schande!